

Ärger um DIHK-Meinung

Unternehmer und Umweltverbände sind wegen eines Positionspapiers des Deutschen Industrie- und Handelskammertages zur Umweltpolitik verärgert und wollen jetzt dagegen vorgehen.

DIHK-Präsident Ludwig Georg Braun hatte in einem siebenseitigen Papier einen Strategiewechsel in der Umweltpolitik gefordert. Zunächst solle für die wirtschaftliche Entwicklung etwas getan werden; dem habe sich auch der Umweltschutz unter zu ordnen. Die Klimaschutzziele sollten zurückgenommen werden. Und: „Die ökologisch motivierte Belastung der Energiepreise muss gesenkt werden“, meint der DIHK.

„Angesichts aktueller Energiepreissteigerungen, die ursächlich mit Klimakatastrophen und der Abhängigkeit vom Erdöl zusammenhängen, stellt die Forderung, Deutschland solle sich in seinem Klimaschutzpolitischen Engagement mehr Zurückhaltung auferlegen, politisch wie wirtschaftlich blanken Unsinn dar“, erklärte dagegen UnternehmensGrün, ein Zusammenschluss von rund 300 Unternehmen. Den Verband ärgert, dass sich der DIHK in einer Weise äußert, die den Interessen einiger Unternehmen schade.

„Braun missbraucht seine Funktion als Chef einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft, um einseitig Stimmung im Wahlkampf zu machen“, sagte UnternehmensGrün-Vorstand Gottfried Härle: „Und finanziert wird dies mit meinem Kammerbeitrag.“ Für UnternehmensGrün verbindet sich die Kritik am Positionspapier mit der Forderung nach Abschaffung der Zwangsgliedschaft in der IHK.

Johannes Lackman, Präsident des Bundesverbandes Erneuerbare Energien (BEE), betont, der DIHK arbeite schon seit einigen Jahren gegen die erneuerbaren Energien: „Die treten uns die wirtschaftliche Basis nieder.“ Das Mindeste, was er vom DIHK erwarte, sei Neutralität. Eine Konsequenz, die Lackmann aus seiner Haltung gezogen hat, ist die Kürzung des Beitrages, den sein Unternehmen an die IHK überweist. Fünf Prozent würden an den DIHK weitergeleitet. Die zahle er nicht mehr, erklärt Lackmann, und bisher hätte die IHK diesen Teil auch nicht vollstrecken lassen. Lackmann betont allerdings: „Das muss politisch ausgefochten werden.“

Auch die Deutsche Umwelthilfe (DUH) will gegen den DIHK aktiv werden. „Wir werden da dran bleiben“, sagt Gerd Rosenkranz von der DUH. Ein Ziel sei es, die Kritiker aus den unterschiedlichen Gruppen zu sammeln. Zunächst hat die DUH eine rechtliche Stellungnahme bei Rechtsanwalt Remo Klinger eingeholt. Der kommt zu dem Ergebnis: „Es ist offenkundig und bedarf keiner vertieften Ausführungen, dass ein derartiges Papier rechtswidrig ist und gegen

die Grundpflichten der Industrie- und Handelskammern aus § 1 Abs. IHKG verstößt.“ Der DIHK habe gegen die Abwägungs- und Ausgleichspflicht verstoßen. Im Einzelfall, so Klinger gegenüber den Solarthemen, könne sich daraus sogar eine Schadensersatzpflicht ergeben. Die DUH rät, sich bei den für die Aufsicht der Industrie- und Handelskammern zuständigen Länderbehörden zu beschweren.

„Es hat mich gewundert, dass wir so in die Kritik geraten sind“, erklärt Hermann Hüwels, der das Positionspapier des DIHK vorbereitet hat. Aus seiner Sicht ist es „ein relativ harmloses Papier“. Der geschäftsführende Vorstand des DIHK habe das Dokument gebilligt, nachdem es von den zuständigen Gremien besprochen worden sei. Hüwels geht davon aus, dass die Positionen zur Umweltpolitik von einer breiten Mehrheit der Unternehmen getragen werden. Der Umweltpolizist des DIHK erklärt, Aussagen des Dachverbandes der IHK würden sorgfältig abgewogen. „Es ist aber immer so, dass man dem einen oder anderen nicht gerecht werden kann“, sagt Hüwels. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht sei eine Korrektur der Umweltpolitik dringend erforderlich.

Jedoch lassen die Aussagen weiterer Unternehmensorganisationen daran zweifeln, dass der DIHK die Mehrheitsmeinung von Unternehmen vertritt. So hat sich der Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW) ausdrücklich für das Erneuerbare-Energien-Gesetz ausgesprochen. Nach Aussage von BVMW-Presse Sprecher Eberhard Vogt repräsentiert sein Verband rund 150.000 mittelständische Unternehmen. Aussagen des DIHK wolle sein Verband aber generell nicht kommentieren. ● AWI

BWE auf falscher Fährte?

Der Bundesverband WindEnergie spricht im Zusammenhang mit dem Repowering von einer Entlastung des Landschaftsbildes. Doch dies provoziert auch Widerspruch.

Eurosolar-Präsident Hermann Scheer hält die Argumentation des BWE für problematisch. Hier werde eine falsche, von den Gegnern der Windkraft vorgebrachte Prämisse akzeptiert. Man dürfe sich nicht in die Defensive treiben lassen.

Matthias Hochstetter, Pressesprecher des BWE, erklärt, sein Verband habe immer klar gestellt, dass mit dem Betrieb von Windkraftanlagen ein Eingriff in die Landschaft verbunden sei. „Es hätte keinen Sinn, das zu leugnen“, so Hochstetter. Und es sei wohl auch nicht immer einfach für Anwohner, wenn irgendwo 20 Windkraftanlagen stünden. Das Repowering berge allerdings die Chance, Eingriffe in die Landschaft zu mindern. ● AWI

①
Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK) e.V.
Breite Straße 29
10178 Berlin
Tel. (030) 20308-0
www.dihk.de

UnternehmensGrün e.V.
Hermannstraße 5a
70178 Stuttgart
Tel. (0711) 6159510

Deutsche Umwelthilfe e.V.
Dr. Gerd Rosenkranz
Hackescher Markt 4
(Eingang: Neue Promenade 3)
10178 Berlin
Tel. (030) 258986-15
www.duh.de

Bundesverband mittelständische Wirtschaft - Unternehmerverband Deutschlands e.V.
Bundesgeschäftsstelle Berlin
Mosse-Palais
Leipziger Platz 15
10117 Berlin
Tel. (030) 533206-0
www.dihk.de

②
Deutscher Bundestag
Dr. Hermann Scheer
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. (030) 227-73834
www.hermann-scheer.de

Bundesverband Windenergie e.V.
Hauptstadtbüro
Marienstr. 19/20
10117 Berlin
Tel. (030) 28482106
www.wind-energie.de